

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Wir unterlagen eigenem Manuskript
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Die „große“ und die „kleine“ Entente.

Late Jonescu in Rom.

Der Plan der großen Balkanentente.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 28. September.

Die Presse nimmt den hier weilenden rumänischen Minister Late Jonescu mit vorläufiger Begeisterung auf. Sympotomatisch was das „Popolo Romano“ schreibt: „Wir begrüßen den Außenminister der lateinischen Nation des Orients mit lebhafter Empathie, bescheiden aber doch die Verwirklichung der Entente, die den Beitritt Bulgariens, Griechenlands und Serbiens zur Vereinigung der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens aus einer „Entente“ zu einer recht großen Entente würde.“ Gleich nach seiner Ankunft in Rom wurden Late Jonescu zu Ehren Empfänge gegeben, zuerst im Kapitol, wo der Bürgermeister ihm das Museum zeigte, zu dem sterbenden Gallier gelangt, wurde Late Jonescu physisch erfrischt und hielt zu der ihn umdrängenden Korona Journalisten einen Panegyrikus auf die Balkanentente, deren Mission es sei, sämtlichen in Frankreich unterzeichneten Verträgen zur Durchführung zu verhelfen. Nur auf dieser Grundlage sei der ein Allianz Lebensfähigkeit zum Teile des Fortschritts und der Zivilisation beschaffen. Allerdings sei es kein Überflüssiges, eine solche Allianz zustande zu bringen, wie es denn der Monaten mit höchstem Eifer daran arbeite. Aber die bis her erreichten Ergebnisse seien erfreulich. Gegenwärtig bestrebe er nur ein Bündnis zwischen Jugoslawien und der Tschechoslowakei, dem Rumänien grundsätzlich Zustimmung gegeben habe, der eine Allianz zu diesen wäre unvollkommen, deshalb eine Allianz mit Rumänien, Polen und Griechenland abzulehnen. Von Bulgarien sprach Late Jonescu nicht. Er sei nur bereit, das maßgebende Komitee in Rom die Allianz zu unterstützen, sondern sogar ermutigen. Am Abend des 27. in Banquet statt, auf dem Late Jonescu daran erinnerte, wie ein und Rumänien, beide aus freien Stücken, in den Krieg eingetreten seien, und daß Rumänien immer und unter allen Umständen an italienischer Seite stehen werde. Der Minister des Äußeren, Graf Spjorka, erwiderte mit einem Trinkspruch auf eine große brüderliche Zusammenhalten Italiens mit Rumänien. Wie verlautet, wird eine Konferenz zwischen Spjorka und jugoslawischen Vertretern im Laufe der Woche auf italienischem Boden stattfinden. Man erwarte nur noch von Belgrad die Bestimmung des Tages. In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Giornale d'Italia“ tritt Late Jonescu aufs entscheidende die Möglichkeit, daß die

„kleine Entente“ jemals „deutsche Politik“ treiben könne. Vielmehr würden Frankreich und Italien in ihr einen idealen Verbündeten finden, falls derin, was Late Jonescu für unvermeidlich hält, Deutschland sich mit Rußland verbünden sollte, weil es sich dem Verträge von Versailles, der ein Vertrag der Gerechtigkeit sei, nicht fügen wolle. Alsdann könnte nur der Block der fünf Staaten, dem Österreich notwendig beitreten müßte, die deutschen Streitkräfte von den Massen der Russen trennen. Late Jonescu äußerte auch die Hoffnung, daß Polen baldmöglichst Schlessien einfinden werde. Italien sei übrigens am Zustandekommen des Balkanbündnisses interessiert, nachdem durch Beschäftigung von der Brennerlinie und Triest es seinen alten Zwist mit den nordischen Völkern wieder eröffnet habe.

Zu einem Redakteur des „Tempo“ sagte Late Jonescu, die Welt sei heute in zwei Lager geteilt, in Befriedigte und Mißbegünstigte. Die Aufgabe der „kleinen Entente“ sei, Deutschland von der Ruwande abhalten zu helfen. Die „kleine Entente“ stehe energisch zur großen Entente, deren vollen Beistand sie erhalte. Deutschlands Annäherung an Rußland sei sehr wahrscheinlich, da Deutschland kein anderer Ausweg bleibe. In diesem Falle müßte die große Entente auf die kleine Entente zählen können, da diese Deutschlands Verbindungen mit Rußland augenblicklich zu unterbinden vermöge. Es sei widersinnig, wenn man in Frankreich vorübergehend fürchte, die kleine Entente könne eine germanophile Politik treiben. Allerdings werde man mit Deutschland wirtschaftliche Beziehungen eingehen; in politischer Hinsicht aber werde man alles tun, um die Vereinigung Österreichs mit Deutschland hintanzuhalten und Österreich zur „kleinen Entente“ herüberzuziehen. Auch Bulgarien suchte die Late Jonescu eine Allianz mit Rumänien nach. Jugoslawien erziele die Antwort, es möge sich zuerst mit Griechenland verständigen. Endlich suchte Late Jonescu den Interviewer von der ehrliehen Freundschaft Griechenlands zu überzeugen. An der griechischen Regierung Smyrnis habe die falsche Politik Kritik die Schuld getragen.

(Bei diesen Äußerungen Jonescus ist daran zu erinnern, daß er von jeher als der Hauptexponent der französischen Politik in Rumänien tätig gewesen ist und nun offenbar die Wirklichkeit auf dem Bereich der kleinen Entente erweitern soll. Die Red.)

Der „Tempo“ äußert sich sehr skeptisch. Die öffentliche Meinung Italiens habe trotz aller schönen Worte kein Vertrauen zu dem neuen Donaubund, welcher die sogenannte Gefahr der Vereinigung Österreichs mit Deutschland hintanzuhalten solle. Die Vereinigung sei vielleicht eine Gefahr für die Franzosen, nicht aber für die Italiener.

Kindertrennung.

Der Kampf um Löwenstein.

P. M. Der Kampf um die Berufung des Herrn Dr. Kurt Löwenstein zum Oberschulrat der Berliner Einheitsgemeinde nimmt mehr und mehr Formen an, die geeignet sind, die Reichshauptstadt zum Geißel zu machen. Am letzten Freitag machten die Schüler einer Berliner Realschule mit einem Demonstrationszuge den Anfang; am Sonntag hatte Herr Adolf Hoffmann in seiner unübersehbaren Ungleichheit die Kinder zu einer Kundgebung gegen den Religionsunterricht nach dem Lustgarten berufen, und nachdem ein Lehrer die armen Kinder mit leeren Phrasen umschmeichelt hatte, schlenderte Herr Hoffmann selbst der hilflosen Hörerschaft den kategorischen Imperativ ins Gesicht: „Ihr sollt nicht glauben und gehorchen, sondern denken lernen.“ Als ob sich dergleichen befehlen ließe! Als ob die Selbstständigkeit des Willens und des Intellekts nicht gerade der Ausfluß einer strengen Schulung der geistigen und sittlichen Anlagen wäre, die im Kinde erst schlummern und gewiß nicht durch ein Diktat von außen geweckt werden können! Nun soll die Aktion für und wider den Religionsunterricht, über den das Urteil nicht den Kindern, sondern den Erwachsenen zusteht, für und wider Dr. Löwenstein, den die Kinder überhaupt nicht kennen, auf eine breitere Grundlage gestellt werden. Wenn nicht im letzten Augenblick noch zurückgegriffen wird, dann soll morgen ein mehr oder weniger allgemeiner Schülerstreik einsehen. Die Schulführer der nationalitätlichen Väter und Mütter wollen streiken, oder, wie man heute zu sagen pflegt, die Schule sabotieren.

Wie die Alten jungen, so sollen die Jungen weisere. Wir haben erst kürzlich etwas ähnliches erlebt, als die Straßensänger erklärten, daß sie den Betrieb einstellen würden, wenn Herr Professor Giese, unbestritten ein hervorragender Fachmann des Verkehrswezens, zum Dezernenten im neuen Berliner Magistrat berufen werden sollte. Und wir haben nicht minder erlebt, daß die städtischen Hilfsbeamten auf die Straßengänger, um die ordnungsmäßig gewählte Stadtverordnetenversammlung zu zwingen, eine Entscheidung gegen ihre bessere Überzeugung zu treffen. Die Tendenz ist überall die gleiche. Ein ungeordneter, zum größten Teil höchst mangelhaft unterrichteter Haufe glaubt sich berechtigt, seine individuellen Wünsche und Forderungen auf gewaltsamem Wege gegen die demokratischen Verwaltungen durchzusetzen. Nur insofern zeigt die jetzige Bewegung noch eine besondere Nuance, als es sich bisher doch wenigstens um die Kundgebungen wahrberechtigter Mitbürger handelte, während sowohl Herr Hoffmann wie die deutsch-nationalen Mitratoren auch an die Unmündigen ihre schreulichen Appelle richteten. Nicht lange mehr, und wir werden auch die Säuglinge ihre Bindeln und Aufschneitel fortwerfen sehen, um für ihr Menschenrecht zu demonstrieren.

Es war schon alles einmal da. Das mittelalterliche Europa hat die Kindertrennung erlebt, wo die Kränkeln und Mägdelein in findlicher Nachsichtsucht es den Erwachsenen bei der Eroberung des gelobten Landes gleich, und wortum wollten. Nur leidet uns leider die Geschichte, daß dabei eine ganze Generation zugrunde ging. Diesmal wird es hoffentlich weniger schlimm ausgehen. Aber für die einzelne Familie und für die streikenden Kinder könnte diese Torheit doch ein sehr peinliches Ergebnis haben. Es muß doch auch in diesen stürmischen Zeiten noch eine Schuldisziplin geben. Und es könnte sich sehr leicht ereignen, und ist durchaus zu hoffen —, daß die Schule den Spieß umdrehen würde. Wer sich der Schulordnung nicht fügt, wer dem Unterricht ohne Grund fernbleibt, der schließt sich selbst von der Schule aus. Die Schulleitung ist durchaus berechtigt, die streikenden Schüler aus der Schulgemeinschaft zu entfernen. Das würde für die höheren Schüler und Schulkinder unter Umständen einen sehr schnellen Abschluß ihrer Laufbahn bedeuten. Und neben der Entfernung von der Schule verbleibt die Leistung noch über einige andere Disziplinarmaßnahmen, die den nationalitätlichen Eltern ebenso wenig wie ihnen im Klassenpaß erregenen Kindern willkommen sein könnten.

Wenn wir deshalb aufs ernstlichste davor warnen müssen, mit dem angebotenen Streik der Schulführer ernst zu machen, so soll damit nicht gelangt sein, daß der Versuch, an die leitende Stelle des Berliner Schulwesens einen unerprobten Kandidaten zu setzen, stillschweigend hingenommen werden muß. Wir haben von Anfang an die Wahl des Herrn Dr. Löwenstein zum Berliner Schulrat als einen schweren Fehler bezeichnet und halten daran fest. Aber es gibt im demokratischen Staat geordnete Wege, um zur Korrektur von Fehlbeschlüssen zu gelangen. Im vorliegenden Fall ergibt sich die zweckmäßige Abwehr von selbst. Einmal ist die preussische Landesversammlung dazu berufen, über die richtige Anwendung und Durchführung des Gesetzes über Groß-Berlin zu machen, und dann hat die Aufsichtsbekörde ein entscheidendes Wort mitzusprechen. Die Landesversammlung hat auch bereits die erforderlichen Schritte getan, indem sie dem Gesetz eine authentische Interpretation mitgab. In der morgen stattfindenden Plenarsitzung wird die Entscheidung der Berliner sozialdemokratischen Mehrheit, die nur besoldete Stadträte zulassen wollte, aller Voraussicht nach rückgängig gemacht werden. Damit ist dann die Möglichkeit geschaffen, dem neuen Magistrat eine Zusammensetzung zu geben, die dem demokratischen Grundgesetz und dem Interesse der Berliner Gesamtheit entspricht.

Ebenso hat die Aufsichtsbekörde noch nicht gesprochen. Wir wollen im allgemeinen einem Eingreifen der Staatsregierung in die kommunale Selbstverwaltung nicht das Wort reden. Aber unlehbar ist, daß die Bestätigung Dr. Löwensteins das Signal zu erbitterten Kämpfen innerhalb der Berliner Gemeinde geben würde. Allerdings ist ein Vorgehen gegen den Kandidaten der Unabhängigen aus

Unterredung

Mit dem litauischen Minister des Äußeren.

über deutsch-litauischen Wirtschaftsbeziehungen. — Kein englisches Handelsmonopol!

(Von unserem Korrespondenten.)

Kowno, 28. September.

Der Minister des Äußeren, Dr. Puryckli, gewährte mir vor seiner Abreise nach Berlin eine Unterredung, die sich in der Hauptsache um die wirtschaftliche Lage Litauens drehte. Der Minister sprach vor allem wiederholt seine Verwunderung über die guten Beziehungen Litauens zu Deutschland aus und betonte, daß das Verdienst des jetzigen deutschen Geschäftsganges, Dr. Schönböck, daran nicht gering sei. Litauen habe es vor allem der deutschen Valuta zu danken, daß seine wirtschaftliche Lage im Vergleich zu den übrigen baltischen Staaten so überaus günstig sei. Während sich Estland und Lettland in großen finanziellen Schwierigkeiten befinden, sei Litauen in durchaus zufriedentellender finanzieller Lage, weil alle Valutahinverrichtungen durch das russische Reich den deutschen Oberhandgeldes bedürfen seien. Die litauische Regierung trage sich seit einiger Zeit mit dem Plan, sich ein eigenes Geld zu schaffen. Dazu sei eine solide Basis nötig. Man habe aber bisher daran gedacht, mit englischem Gold eine Notenmission vorzunehmen, sei aber mehr und mehr davon abgekommen. Die lebensnotwendige Lage des Landes, wie seine wirtschaftlichen Lebensbedingungen lassen allein eine Notenmission auf Grund der deutschen Valuta zu. Es sei deshalb notwendig, mit Deutschland einen Vertrag darüber abzuschließen. Die litauische Regierung sei sich voll bewußt, daß der politische Einfluß Englands bei der Entente für die Anerkennung des jure, die das Hauptziel der litauischen Regierung bilde, von großer Bedeutung sei, daß deshalb auch gute wirtschaftliche Beziehungen zwischen England und Litauen bestehen müßten. Aber die deutsche Produktion werde angesichts der Tatsache, daß eine gemeinsame Produktion zwischen England und Deutschland wirtschaftlich verbünde, stets die Konkurrenz aller anderen industriellen Produktion schlagen. Weder die deutsche noch die litauische Produktion könne sich dem an dem nötigen Vertrauen zu der wirtschaftlichen und politischen Sicherheit im Lande. Aber das ruhige Arbeiten des Parlaments, die Sicherheit des Verkehrs, die mehr und mehr geregelten Verhältnisseverhältnisse seien das beste Zeichen für die Ruhe und Ordnung im Lande. Durch die Erklärung der Polen vor dem Völkerversammlung, daß sie die Linie vom 8. Dezember 1919 preferieren würden, sei nunmehr auch der Regierungsjubiläum Wilna politisch zu einem völlig klaren Platz geworden. Das Vertrauen des deutschen Kaufmanns könne viel dazu beitragen, die deutsch-litauischen Wirtschaftsbeziehungen wirksam auszubauen.

So weitgehendes Entgegenkommen die litauische Regierung auch den englischen Interessen zeigen wolle, in der Minister fortzusetzen, da sich doch auf die Dauer nicht darauf einlassen, einen fremden Staat Monopole in ihrem Wirtschaftsleben einzuführen, da sonst von vornherein die wirtschaftliche Selbstständigkeit des Staates gefährdet ist. Der mit England abzuschließende Ver-

trag über ein Holzabkommen wird deshalb im Parlament ausführlich erörtert werden. Auch das Fischabkommen, das England für dieses Jahr abschließen möchte, wird wahrscheinlich vor dem Seim beraten werden müssen. Vor allem aber sei der alte Vertrag bisher noch nicht liquidiert, so daß die litauische Regierung noch nicht in der Lage sei, zu beurteilen, wie günstig oder ungünstig das vorjährige Abkommen mit England für sie verlaufen ist. Ehe diese endgültige Liquidation des alten Abkommens nicht vorliege, werde an ein neues Abkommen nicht zu denken sein. Der Minister bestätigte im übrigen, daß, selbst wenn England auch in diesem Jahre wieder das Fischmonopol erhalten sollte, die deutsche Industrie dennoch ihren Anteil an der Fischproduktion erlangen werde, denn ein großer Teil des Fisches sei von einer Qualität, die nur in Deutschland verarbeitet werden kann. Ferner aber ist in dem Vertrage vorgesehen, daß England den Verkaufsauftrag erhält, ohne daß dadurch der Verkauf des gesamten Fisches nach England bedingt wäre, so daß Deutschland auch weiter als Käufer für die besseren Qualitäten des litauischen Fisches in besonderem Maße in Frage kommt. Was endlich die Waldkonzeption betrifft, so würde, soweit festgelegt werden konnte, Litauen sich keinesfalls dazu hergeben, die Ausbeutung seines gesamten Waldbestandes den Engländern zu überantworten. Selbst, wenn der Seim sich entschließen sollte, auf die englischen Wünsche einzugehen, sei mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß nur ein verhältnismäßig kleiner Bruchteil der Holzabgabe England überlassen wird, und daß, abgesehen vom Inlandsbedarf, noch ein mindestens ebenso großer Anteil wie der englische für die anderweitige Ausfuhr frei bleibe, für die in erster Linie Deutschland, besonders die ostpreussische Zellstoffindustrie, als Abnehmerin in Frage kommt.

Die dritte Sitzung der Rigaer Friedenskonferenz.

Bildung einer Kommission für Waffenstillstands- und Vortriedensbedingungen.

(Telegramm.)

O. E. Riga, 27. September. (7 Uhr 25 Min. abends, über Kowno.)

Die Polen erklärten sich bereit, zur Bildung einer Kommission für den Abschluß des Waffenstillstandes und für Ausarbeitung der Vortriedensbedingungen zu scheitern, und zwar unter Zurückstellung der grundsätzlichen Fragen des Selbstbestimmungsrechts der Ukraine, Weißrußlands, Litauens und Estlands. Bemängelt wurde polnischerseits der ultimative Charakter der russischen Deklaration. In seiner Erwiderung bestritt Joffe den ultimativen Charakter seiner Deklaration und begründete die Festlegung einer Frist damit, daß die Russen in allen übrigen Punkten weitgehendes Entgegenkommen gezeigt hätten. Hierauf wurde die Bildung von vier Kommissionen beschlossen. Die Hauptkommission soll die Waffenstillstands- und Vortriedensbedingungen ausarbeiten, die noch heute nachmittags in einer internen Sitzung beider Vorsitzender festgelegt werden sollen.